

GÜNTER PEHL

## Importierter Geldwertschwund

Zum ersten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

In ihrem ersten Jahresgutachten<sup>1)</sup> erwarten die fünf Sachverständigen „zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ eine weiterhin günstige Konjunktur für die nächsten Monate, wobei allerdings das Preisniveau im Vergleich zu 1964 noch etwas stärker ansteigen dürfte. Auf Grund der Auftragseingänge rechnen sie „mit einer anhaltenden Vollbeschäftigung der Produktionsanlagen und des Arbeitskräftepotentials bis tief hinein in das Jahr 1965“ (Abschnitt 219). Dabei wird das reale Wachstum ausschließlich vom Produktivitätsfortschritt — der Zunahme des realen Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde — bestimmt sein. „Behält die Nachfrageexpansion ihr gegenwärtiges Tempo bei“, so heißt es in einer in dem Gutachten gegebenen Vorausschau auf das erste Halbjahr 1965, „rechnen wir mit einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von 5 bis 5,5 vH...“ (Abschnitt 221). Sie kann sogar bis zu 6 vH betragen, falls sich die Nachfrage stärker ausweitert als im zweiten Halbjahr 1964. Das nehmen die Sachverständigen in ihrer Zahlenübersicht über die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung allerdings nicht an: denn eine von ihnen erwartete leichte Abschwächung des Wachstumstempos bei der Auslandsnachfrage, der Investitionstätigkeit und beim Staatsverbrauch kann vielmehr durch eine voraussichtlich beschleunigte Expansion des privaten Verbrauchs nicht ganz ausgeglichen werden. Die Gutachter schätzen ferner voraus, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im ersten Halbjahr 1965 um etwa 3 vH und das gesamtwirtschaftliche Preisniveau sogar um rund 3,5 vH höher sein werden als im ersten Halbjahr 1964; im zweiten Halbjahr 1964 hatten die entsprechenden Preissteigerungen 2,5 vH bzw. 3 vH betragen.

1) Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestags-Drucksache IV/2890; das Gutachten ist auch als Buch unter dem Titel „Stabiles Geld — stetiges Wachstum“ im Verlag W. Kohlhammer erschienen (Preis 9,80 DM). Sowohl die Bundestags-Drucksache als auch das Buch enthalten die gesetzlich vorgeschriebene Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten. In der Anlage des Buches befindet sich außerdem ein im Auftrag des Sachverständigenrates von den Professoren Lutz und Sothen erstattetes Gutachten zu der Frage: „Wie kann sich ein Land der importierten Inflation entziehen?“.

Das Jahresgutachten war am 15. November 1964 der Bundesregierung zugestellt, von ihr mit einer Stellungnahme versehen und Mitte Januar 1965 veröffentlicht worden. Dieser Ablauf entspricht dem Gesetz über den Sachverständigenrat vom 14. August 1963, auf Grund dessen der Bundespräsident die Professoren Dr. *Bauer*, Dr. *Giersch* und Dr. *Meyer*, den Wirtschaftsprüfer Dr. *Binder* und den Arbeitschrektor Dr. *Koch* - einem Vorschlag der Bundesregierung folgend - Mitte Februar 1964 zu Mitgliedern des Sachverständigenrates berufen hatte. Sie haben den Auftrag, „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung“ darzustellen und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können“ (§ 2 des Gesetzes). Der Rat soll — vor allem durch seine Gutachten — „zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit“ (§ 1) beitragen; die Wissenschaftlichkeit seiner Aussagen soll mithelfen, die wirtschaftspolitische Diskussion zu versachlichen. Ein derartiges unabhängiges Gremium war jahrelang von vielen Seiten gefordert worden, auch von dem heutigen Bundeskanzler und damaligen Bundeswirtschaftsminister Prof. *Erhard* und nicht zuletzt von den Arbeitgeberverbänden.

#### *Kühle Aufnahme in Bonn*

Um so erstaunlicher war die kühle Aufnahme, die das erste Jahresgutachten des Sachverständigenrates bei der Bundesregierung fand. Auch die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände sparten nicht mit Kritik. Die Arbeitgeberverbände ließen sich im Kurznachrichtendienst ihrer Bundesvereinigung (Nr. 3/1965) aus Bonn berichten, daß das Gutachten dort „eine große Enttäuschung“ hervorgerufen habe. „Die Gewerkschaften könnten in dem Gutachten eine Art ‚Freibrief für ihre Politik‘ erblicken“, heißt es klagend in dem Bericht. Bundesregierung, Arbeitgeber- und Unternehmerverbände sowie die ihnen nahestehende Presse stellten die Sachverständigen als etwas weltfremd hin; sie hätten die politischen Erfordernisse nicht erkannt.

Von der Bundesregierung wurde insbesondere bemängelt, „daß sich der Sachverständigenrat zuwenig mit der aktuellen Konjunktursituation auseinandergesetzt hätte und daß das Schwergewicht zu sehr auf die Darstellung der außenwirtschaftlichen Einwirkungen auf Konjunktur und Wirtschaftswachstum gelegt worden sei, während die binnenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Konjunkturbeeinflussung zu kurz gekommen wären“. Tatsächlich hat es der Sachverständigenrat für erforderlich gehalten, in seinem ersten Gutachten „statt vielen Einzelfragen seine Aufmerksamkeit zu widmen, ... die gesamtwirtschaftliche Lage in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Denn wichtige Bedingungen der gegenwärtigen Entwicklung lassen sich nur vor dem Hintergrund längerfristiger Strukturwandlungen richtig beurteilen“, nur dadurch könne auch „bei der Abschätzung der voraussichtlichen Entwicklung das Typische besser vom Zufälligen getrennt werden...“ (Vorwort, Ziffer 10). Künftig glauben die Sachverständigen eher auf historische Rückblicke verzichten zu können. Diesmal haben sie jedenfalls eine ausgezeichnete materialreiche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1950 vorgelegt, die ein wertvoller Beitrag zur Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskussion ist.

#### *Eine objektive Untersuchung*

Freilich hat sich der Sachverständigenrat nicht gescheut, aus seiner Analyse auch unbequeme Schlußfolgerungen zu ziehen, die erheblich von den Vorstellungen der Bundesregierung abweichen. Deutlich wird der Vorzug unabhängiger Gutachter bei einem Vergleich mit den beiden bisherigen - jetzt von den Sachverständigengutachten abgelösten -

Wirtschaftsberichten der Bundesregierung erkennbar. Insbesondere der erste Wirtschaftsbericht 1963/64 war in seinen Leitlinien so einseitig abgefaßt worden, daß er den Arbeitgebern in den Tarifaueinandersetzungen des Jahres 1963 als willkommenes Propagandamittel dienen konnte und sie in ihrer starren Haltung bestärkte.<sup>2)</sup> Das Sachverständigen Gutachten zeichnet sich demgegenüber durch das Bemühen um größte Objektivität aus. Das zeigt sich selbst bei der Formulierung einzelner Worte. So ist z. B. in dem Gutachten das oft gehörte, mit der Wirklichkeit jedoch nicht übereinstimmende Schlagwort von der *Lohn-Preis-Spirale* nicht zu finden. Statt dessen wird dargestellt, welche Reihenfolge bei den Konjunkturüberhitzungen seit 1950 tatsächlich zu beobachten gewesen war: Jedesmal setzte erst *als Folge* einer Übernachfrage der Unternehmen und einer „darauf beruhenden Aufblähung der Gewinnquote“ schließlich eine Preis-Lohn-Spirale ein (Abschnitt 243). Den Gewerkschaften bescheinigen die Sachverständigen, daß „sie mit ihren Lohnforderungen in der Regel auf die konjunkturelle Entwicklung Rücksicht genommen“ haben; „sie waren im Vergleich zu ausländischen Gewerkschaften im großen und ganzen verhältnismäßig zurückhaltend“ (Abschnitt 123, siehe auch die Abschnitte 249 und 251).

Selbstverständlich ist in dem Gutachten auch kein Platz für die primitive, aber leider oft — vor allem von den Arbeitgebern — angewandte Argumentation, wonach die Gewerkschaften die Hauptschuld an den Preissteigerungen tragen, gleich wie die Konjunktur auch sein mag. Vielmehr sehen die Sachverständigen die „Hauptquelle des Geldwertschwundes“ in den übermäßigen Ausführüberschüssen (Abschnitt 158). Diese sind die hauptsächliche Ursache dafür, daß das von Bundesregierung und Bundesbank immer wieder in Grundsatzklärungen proklamierte Ziel der Stabilität des Preisniveaus und des Geldwerts bisher nicht erreicht wurde. Nur einmal seit 1950, nämlich im Jahre 1953 unmittelbar nach dem Korea-Boom, ging der Preisindex für die Lebenshaltung zurück; sonst ist er Jahr für Jahr angestiegen, in den letzten Jahren sogar beschleunigt. Für die mittlere Verbrauchergruppe stieg der Preisindex für die Lebenshaltung von 1950 bis zum September 1964 um ein Drittel an, davon in den sieben Jahren vom Herbst 1957 bis zum Herbst 1964 allein um 17,1 vH. Noch stärker waren die einkommensschwächsten Schichten von den Preissteigerungen betroffen, denn in der unteren Verbrauchergruppe stieg der Preisindex vom Herbst 1957 bis zum Herbst 1964 sogar um 18,5 vH an.

Der Auffassung des Sachverständigenrates, daß von den Grundzielen der Wirtschaftspolitik — Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — „die Stabilität des Preisniveaus gegenwärtig am meisten gefährdet“ scheint (Vorwort Ziffer 8), dürfte jedenfalls kaum widersprochen werden. Deshalb bilden die mit der Preis- und Geldwertstabilität zusammenhängenden Fragen den Kern des Jahresgutachtens. Da die Sachverständigen in den Außenwirtschaftsüberschüssen die Hauptquelle des Geldwertschwundes sehen und da sie befürchten, daß auch für die Zukunft die Gefahren wohl mehr darin liegen, „daß erneut inflatorische Störungen vom Ausland ausgehen könnten“ (Abschnitt 178), ist es nur logisch, wenn im Gutachten die außenwirtschaftlichen Einflüsse auf die Konjunktur besonders ausführlich behandelt werden. Deswegen ist auch der Vorwurf, der Rat hätte der Darstellung außenwirtschaftlicher Fragen zuviel Gewicht und Raum gegeben, nicht stichhaltig.

#### *Exportorientiertes Wirtschaftswachstum ...*

Die Sachverständigen gehen von der Feststellung aus, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik heute mehr denn je durch den hohen Grad ihrer

2) Siehe GM H. 4/1963, S. 219 ff. sowie GM H. 2/1964, S. 75 ff.

außenwirtschaftlichen Verflechtung bestimmt wird; ein Fünftel des Brutto sozialprodukts wird exportiert, und die Bundesrepublik ist das zweitgrößte Welthandelsland. Seit 1950 ist unser Wirtschaftswachstum weitgehend exportorientiert gewesen. Seitdem hatten wir Jahr für Jahr einen Zuwachs im Ergebnis unserer wirtschaftlichen Tätigkeit zu verzeichnen. Allerdings gab es Schwankungen im Wirtschaftswachstum, die einem bestimmten Rhythmus unterlagen. Deutlich lassen sich seit 1950 vier Wachstumszyklen von vier- bis fünfjähriger Dauer feststellen; gegenwärtig befinden wir uns im vierten Zyklus. Jedesmal ging der Anstoß für den erneuten Konjunkturaufschwung von einer kräftigen Zunahme der Auslandsnachfrage aus. Sie erwies sich immer wieder als eine starke konjunkturelle Auftriebskraft, die nicht nur entscheidend dazu beitrug, daß das Wirtschaftswachstum nicht unterbrochen wurde, sondern die darüber hinaus zu einem schnelleren Wachstum mit größeren Produktivitätsfortschritten anregte, wodurch wiederum unsere Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten verbessert wurde. Die Sachverständigen schätzen, daß ohne die starke Exportorientierung rein rechnerisch „unser reales Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1963 ungefähr um ein Zehntel geringer gewesen wäre“ (Abschnitt 38). Diese sicherlich sehr vorsichtige Annahme läßt die Bedeutung, die der Export für die Einkommensentwicklung hat, gut erkennen.

### *... und importierte Inflation*

Andererseits ergeben sich aus der starken Exportorientierung Gefahren für die Preis- und Geldwertstabilität. Starke Preissteigerungen bei den wichtigsten Außenhandelspartnern, die jedenfalls spürbar über jene im eigenen Land hinausgehen, führen nämlich dazu, daß wegen der entstehenden Preisunterschiede die Ausfuhr in diese Länder beträchtlich ansteigt, während die Einfuhr aus ihnen nachläßt. Voraussetzungen sind allerdings ein weitgehend unbehinderter Außenhandel und frei umtauschbare Währungen. Werden indessen mehr Waren ausgeführt, als zur gleichen Zeit aus dem Ausland herinkommen, so ergibt sich ein Überschuß an Devisen, der von der Bundesbank in D-Mark umgetauscht werden muß. „Das gesamte von 1951 bis 1963 zusätzlich geschaffene Zentralbankgeld ist per Saldo gegen Devisen in die Wirtschaft geflossen. Dies ist der monetäre Ausdruck unseres exportierten Wachstums und der Zahlungsbilanzüberschüsse, die sich dabei ergeben haben“, stellen die Sachverständigen fest (Abschnitt 167). Mit dem zusätzlichen Geld wird nach Waren nachgefragt, die genau im gleichen Ausmaß infolge der starken Ausfuhr knapper geworden sind. Preiserhöhungen und ein Anpassen an die gestiegenen Preise im Ausland sind die Folge.

So wirken — grob skizziert — inflationistische Tendenzen bei unseren wichtigsten Außenhandelspartnern in das eigene Land hinein, solange im Außenhandel die Wechselkurse auf Grund internationaler Vereinbarungen festgesetzt sind und nur in Ausnahmefällen verändert werden dürfen. Bei freiem Außenhandel, freier Umtauschbarkeit der Währungen und festen Wechselkursen bildet die Bundesrepublik zusammen mit ihren wichtigsten Außenhandelspartnern eine „Geldwertgemeinschaft“, die nach Meinung der Gutachter heute „praktisch eine Geldentwertungsgemeinschaft darstellt“ (Abschnitt 162). Von gewerkschaftlicher Seite — so z. B. auch in dieser Zeitschrift in der vierteljährlichen Berichterstattung über die Wirtschaftsentwicklung — ist immer wieder auf diese Zusammenhänge hingewiesen worden. Dabei konnte man sich auf Äußerungen namhafter Wissenschaftler und Praktiker stützen.<sup>3)</sup> Es ist ein großes Ver-

3) Schon im Geschäftsbericht der Niederländischen Notenbank für 1954 hieß es — um ein Beispiel zu nennen u. a.: „Wenn man feste Wechselkurse wählt . . . , dann muß man die Konsequenzen dieses Systems akzeptieren. In diesem Falle gehört man einer weltweiten Gemeinschaft an, in der es nicht länger möglich ist, nur mit sich selbst im Gleichschritt zu sein. Wenn sich die Gemeinschaft in inflationärer Richtung bewegt, muß man wohl oder übel folgen.“ (Zitiert nach Kurt Ridiebächer: Starre Wechselkurse, aber kein Gleichschritt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 1960, S. 13.) Außerdem sind vor allem während der Diskussion um die Aufwertung der D-Mark in den Jahren 1960 und 1961 eine Fülle von Aufsätzen geschrieben und Vorträge gehalten worden, in denen diese Zusammenhänge erklärt und zu ihnen Stellung genommen wurde.

dienst des Sachverständigenrates, die Diskussion über die Geldentwertung erneut von der billigen Polemik gegen die Lohnpolitik weg- und zu den entscheidenden Ursachen hingeführt zu haben.

### *Feste oder bewegliche Wechselkurse?*

Das gilt auch dann, wenn man den Schlußfolgerungen, die die Sachverständigen aus dem Tatbestand der importierten Inflation gezogen haben, nicht folgt. Sie sehen die einzige Möglichkeit, die aus dem Ausland hereinkommenden inflationistischen Tendenzen auf die Dauer erfolgreich zu bekämpfen und den Geldwert — bei Vollbeschäftigung und hohem wirtschaftlichen Wachstum — stabil zu erhalten, in der Einführung flexibler (beweglicher) Wechselkurse. „Die volle Flexibilität des Wechselkurses gibt erst die Freiheit, eine wirksame Politik der Geldwertstabilität zu treiben ...“ (Abschnitt 240 f.). Nach Ansicht der Gutachter haben die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker nur die Wahl, entweder die Währungspolitik entsprechend zu ändern oder ständig eine gewisse Geldentwertung hinzunehmen. Dabei sind die Sachverständigen davon überzeugt, daß flexible Wechselkurse die weitere weltwirtschaftliche Verflechtung und insbesondere die Integration innerhalb der EWG nicht hemmen, sondern vielmehr fördern würden. Dieser Meinung sind auch die Professoren *Lutz* und *Sohmen*, die für den Sachverständigenrat ein besonderes Gutachten zu der Frage: „Wie kann sich ein Land von der importierten Inflation entziehen?“ erstattet haben.<sup>4)</sup>

Bundesregierung und Bundesbank haben dieser Auffassung entschieden widersprochen, und sie haben flexible Wechselkurse abgelehnt. So hat der Präsident der Bundesbank, *Karl Blessing*, kürzlich zunächst übereinstimmend mit den Sachverständigen festgestellt: „Der treibende Faktor für unsere Konjunktur- und Preisentwicklung waren ... die außenwirtschaftlichen Überschüsse, die zu dem führten, was mit importierter Inflation bezeichnet worden ist. Ohne sie wären die inneren Expansionskräfte nicht in dem Maße zur Entfaltung gekommen, wie es tatsächlich geschehen ist.“ Dann erklärte aber der Bundesbankpräsident: „Ich leugne nicht, daß man mit flexiblen Wechselkursen ... vielleicht gewisse Gegenwirkungen hätte erzielen können; aber ich bin überzeugt, daß die Vorteile in krassem Mißverhältnis stehen würden zu den Nachteilen, die schwankende Wechselkurse mit sich gebracht hätten“, und er sieht — übereinstimmend mit der Bundesregierung — die Nachteile darin, daß flexible Wechselkurse „in die Desintegration und in die Isolierung hineinführen würden.“<sup>5)</sup> Das sei ein Weg, der, wäre er in der Vergangenheit beschritten worden, „zweifelloso einen niedrigeren Lebensstandard bedeutet hätte.“<sup>6)</sup>

So steht in der Frage nach der richtigen Währungspolitik auch unter den Sachkennern Meinung gegen Meinung. Es scheint so zu sein, daß „unter den Währungstheoretikern . . . die Befürworter von freien Wechselkursen oder mindestens einer unbefangeneren Anwendung des Wechselkursinstruments mehr und mehr an Boden gewonnen“ haben. „In der internationalen Währungspraxis dagegen machen sich eher umgekehrte Tendenzen geltend.“<sup>7)</sup> Die Ausführungen der Sachverständigen sollten jedenfalls ein Anlaß sein, unvoreingenommen die Problematik der Wechselkurse erneut zu überdenken. Dabei sollte man sich auch an eine Beobachtung erinnern, die die Italienische Notenbank in ihrem 1960 herausgegebenen Geschäftsbericht wie folgt formulierte: „Die

4) Dieses Spezialgutachten ist im Anhang des Buches „Stabiles Geld — stetiges Wachstum“ (siehe Anm. 1) enthalten.

5) Ansprache des Präsidenten der Bundesbank am 22. Januar 1965 vor der Berliner Börse. Zitiert nach den von der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Auszügen aus Presseartikeln, Nr. 6 vom 26. Januar 1965, S. 3

6) a. a. O., S. 4.

7) Otmar Emminger, Grundprobleme der internationalen Währungsordnung. Aus diesem von dem Direktoriumsmitglied der Bundesbank auf der Wirtschaftswissenschaftlichen Tagung 1964 der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften gehaltenen Referat wird zitiert nach „Auszüge aus Presseartikeln“, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank, Nr. 65 vom 7. Oktober 1964, S. 4.

Wurzel des Übels (der Außenwirtschaftsüberschüsse mit der Folge von Preissteigerungen) ist die derzeitige Währungsordnung, nach der die Währungen an feste Wechselkurse gebunden sind, während die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder noch nicht ausreichend koordiniert ist."<sup>8)</sup> Innerhalb der EWG wurden in der Koordinierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder zweifellos Fortschritte erzielt, wie die Entwicklung während des letzten Jahres gezeigt hat. Vielleicht zeichnet sich hier ein Kompromiß ab, bei dem man zwar feste Wechselkurse grundsätzlich beibehält — und sie nur ändert, wenn sie eindeutig unrealistisch geworden sind —, aber doch durch eine gute internationale wirtschaftspolitische Koordination die Geldentwertungstendenzen geringer werden läßt.

Aus den Presseverlautbarungen kann derjenige, der das Gutachten nicht gelesen hat, den falschen Eindruck gewinnen, die Sachverständigen hätten sich nur mit den Wechselkursen befaßt. Selbstverständlich haben sie sich nicht damit begnügt, sondern sich u. a. die Frage vorgelegt, wie auch bei den gegenwärtigen festen Wechselkursen die Preisstabilität bei Vollbeschäftigung und hohem wirtschaftlichen Wachstum gesichert werden kann. Dies ist nach ihrer Ansicht wenigstens für eine Weile möglich, wenn man u. a. „mengenmäßige Einfuhrhemmnisse — auch solche auf Grund privater Absprachen — beseitigt, Importabgaben herabsetzt, Importsubventionen einführt oder/und die Exporte mit steuerlichen — oder gar administrativen — Mitteln drosselt" (Abschnitt 257). Weiter wird darauf hingewiesen, daß eine „durchgreifende Wettbewerbspolitik des Staates" (Abschnitt 246) sowie eine konjunkturorientierte (antizyklische) Finanzpolitik, zu deren Ausgestaltung Anregungen gegeben werden, zu helfen vermag. Appelle an die Sozialpartner zur Zurückhaltung seien indessen „nicht mehr als ein Versuch mit unzureichenden Mitteln", solange die Gefahr der importierten Inflation nicht gebannt ist. „Zudem sind solche Appelle unter solchen Bedingungen auch deshalb fragwürdig, weil dadurch diejenigen enttäuscht werden, die sich im Interesse der Geldwertstabilität tatsächlich zurückhalten und daher erwarten, daß ihre Zurückhaltung durch Geldwertstabilität honoriert wird. Mit der Zurückhaltung, die die Sozialpartner im Interesse der Geldwertstabilität nicht selten geübt haben, ist über unsere Exportüberschüsse die Expansion in Ländern mit weniger disziplinierter Wirtschaftspolitik ungewollt real mitfinanziert worden .. ." (Abschnitt 239).

„In die Untersuchung sollen", gemäß § 2 des Gesetzes, „auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden." Einer Anregung des Deutschen Gewerkschaftsbundes folgend, hatte der Gesetzgeber diesen speziellen Auftrag an die Sachverständigen in das Gesetz eingefügt. Dem Sachverständigenrat war es aber leider nicht möglich, vor allem die Fragen nach der Einkommensschichtung und ihrer Veränderung sowie nach der Vermögensverteilung zu beantworten, da keine ausreichenden amtlichen Statistiken darüber zur Verfügung stehen. Die Gutachter hoffen, vom Statistischen Bundesamt für ihr nächstes Jahresgutachten genügend Material zu erhalten, um sich wenigstens mit den Fragen der Einkommensverteilung eingehend befassen zu können.

Diesem Wunsch der Sachverständigen kann von gewerkschaftlicher Seite nur zugestimmt werden. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn im nächsten Jahresgutachten auf einige binnenwirtschaftliche Strukturprobleme eingegangen werden würde. Dazu gehört z. B. die Frage nach dem optimalen Verhältnis zwischen Investition und Verbrauch. Die Investitionsquote (der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Brutto-sozialprodukt) betrug — ungefähr gleich den Ergebnissen der Vorjahre — im vergangenen Jahr 25,6 vH, real, in Preisen von 1954, berechnet. Ohne den Wohnungsbau nahmen die Bruttoanlageinvestitionen bei uns in den letzten Jahren nahezu ein Fünftel

8) Zitiert nach Kurt Richebächer: Starre Wechselkurse, aber kein Gleichschritt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 1960, S. 13.

## IMPORTIERTER GELDWERTSCHWUND

des Bruttosozialprodukts in Anspruch, während die Investitionsquote in den USA, in Großbritannien und Frankreich nur zwischen 11 und 15 vH betrug<sup>9)</sup>). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat beobachtet, daß etwa 3 vH des Bruttosozialprodukts als Investition erforderlich sind, um ein reales Sozialproduktwachstum von 1 vH zu ermöglichen<sup>10)</sup>). Bei uns betrug dieses Verhältnis, das marginaler Brutto-Kapitalkoeffizient genannt wird, in den letzten Jahren ohne Berücksichtigung des Wohnungsbaues ungefähr 3,5 vH. Es scheint also noch Spielraum für einen allmählichen leichten Rückgang der Investitionsquote zugunsten einer höheren Verbrauchsquote zu sein, ohne daß Gefahren für ein stetiges Wirtschaftswachstum entstehen. Diese Überlegung ist deshalb wichtig, weil u. E. eine Nachfrageverschiebung zugunsten des privaten oder auch staatlichen Verbrauchs erforderlich ist, wenn — den Vorstellungen der Sachverständigen folgend — das Wirtschaftswachstum künftig wegen der Gefahren der importierten Inflation nicht mehr so stark exportorientiert sein, sondern sich mehr als bisher auf binnenwirtschaftliche Antriebskräfte stützen soll.

8) Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 4/1963, S. 331

10) Vgl. Fußnote 9.